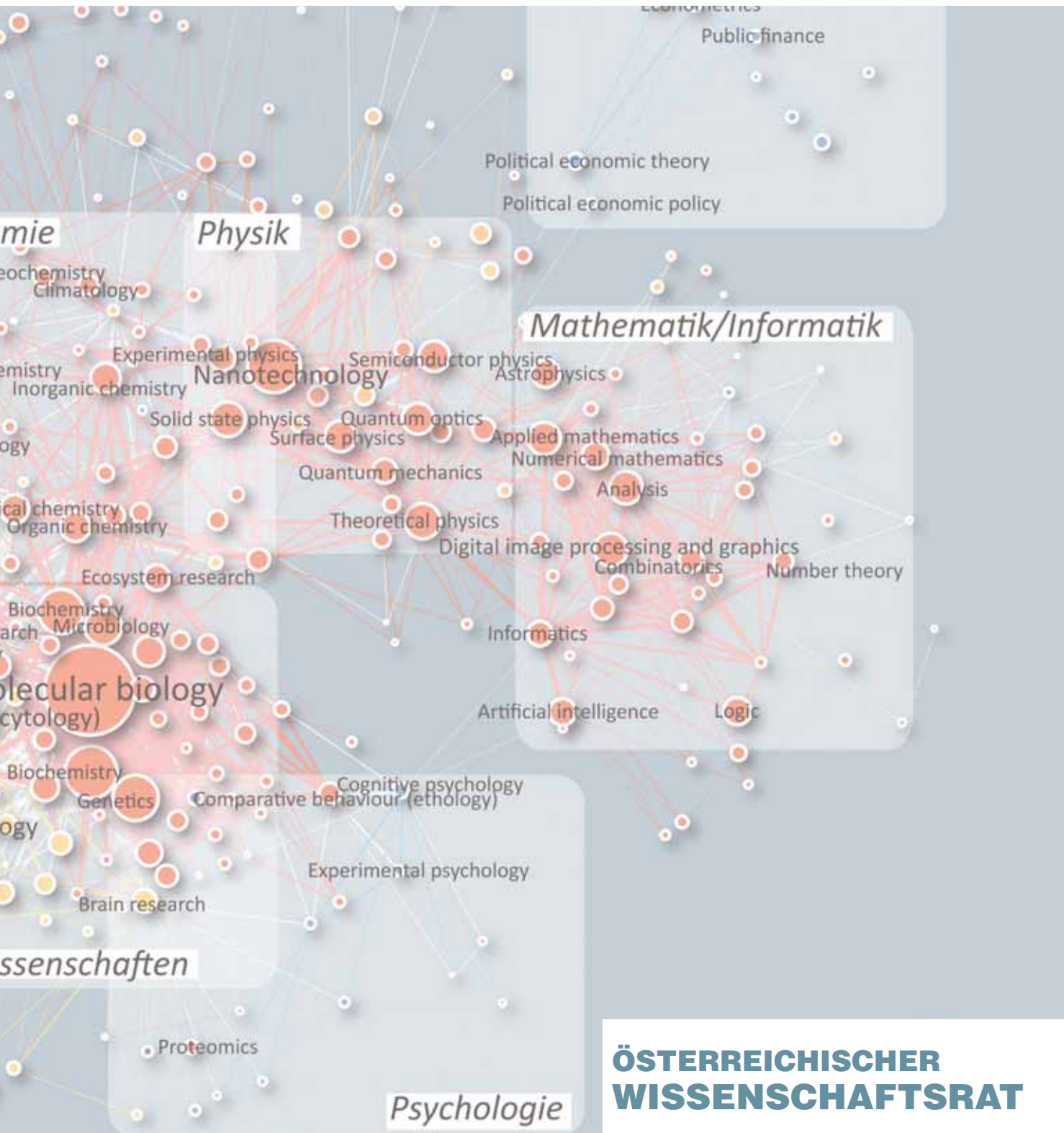


# Kooperation und/oder Wettbewerb in der österreichischen Forschung

Eine Standortbestimmung 2010



**ÖSTERREICHISCHER  
WISSENSCHAFTSRAT**



# Impressionen von der Jahrestagung des ÖWR

Fotos: Michael Nagl



## Inhalt

<b>Reformieren, aber wie? . . . . .</b>	<b>4</b>
<b>„Wenig Verständnis für neugiergetriebene Forschung“ . . . . .</b>	<b>10</b>
<b>„Grober Unfug“ . . . . .</b>	<b>14</b>
<b>Kooperation und Wettbewerb oder: warum beides der Wissenschaft gut tut . . . .</b>	<b>16</b>
<b>„Sorge um Nachhaltigkeit“ . . . . .</b>	<b>18</b>

### Impressum:

Herausgeber: Österreichischer Wissenschaftsrat  
 Liechtensteinstraße 22a  
 1090 Wien  
 Tel.: 01/319 49 99-0  
 Fax: 01/319 49 99-44  
 Mail: [office@wissenschaftsrat.ac.at](mailto:office@wissenschaftsrat.ac.at)  
 Web: [www.wissenschaftsrat.ac.at](http://www.wissenschaftsrat.ac.at)  
 Generalsekretärin: Dr. Ulrike Plettenbacher  
 Sachbearbeiterin: Katharina Führer

Konzept & Gestaltung:  
 communicom, film & text  
 Bernd Matouschek, Norbert Regitnig-Tillian  
 Produktion:  
 Wiener Zeitung GmbH,  
 Wiedner Gürtel 10, 1040 Wien  
 Geschäftsführer: Mag. Karl Schiessl  
 Marketing: Wolfgang Renner, MSc  
 Grafik & Layout: Richard Kienzl

Druck: Berger Druck, 3580 Horn

Der ÖWR dankt der FAS Research GmbH (Wien)  
 für die Reproduktionserlaubnis der Grafik „Netzwerk  
 der österreichischen Grundlagenforschung“ (Cover)

## Vorwort/Editorial

Kooperation und Wettbewerb ist das Thema dieser, der Wissenschafts- und Forschungspolitik gewidmeten Beilage rund um den Österreichischen Wissenschaftsrat. Anlässe für diese erstmalige Kooperation zwischen der Wiener Zeitung und dem Wissenschaftsrat gab es mehrere: die jährliche große Herbstkonferenz des Wissenschaftsrates in Wien, die sich mit Kooperation und Wettbewerb in der Wissenschaft befasste und deren Ergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten; die vorgesehenen Einsparungsmaßnahmen des Budgets, die besonders den Wissenschafts- und Forschungsbereich treffen werden; und die Wiener Zeitung, die ihre Berichterstattung für ihre an Forschung und Wissenschaft interessierte Leserschaft verstärken möchte.

Für den Wissenschaftsrat ist diese Intention erfreulich. Medien spielen eine wichtige Brückenfunktion zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Sie sind, gerade in einem von Experten und Expertinnen dominierten Feld, nicht nur Informationsvermittler, sondern im besten Wortsinn auch Übersetzer. Die Empfehlungen und Stellungnahmen des Wissenschaftsrates blieben bisher vor allem der Politik und den Vertretern von Wissenschaft und Forschung vorbehalten, doch ist die Wissensgesellschaft, in der wir uns bewegen, in ihren Bedingungen und Auswirkungen nicht nur Sache der Politik, sondern auch der jungen und alten Bildungshungrigen, Bildungsfernen, Lehrenden, Forschenden, Geld- und Arbeitgeber.

Der Österreichische Wissenschaftsrat ist der Analyse und Weiterentwicklung dieses komplizierten Systems verpflichtet. Die Wiener Zeitung berichtet. Wir freuen uns über Reaktionen aus einem neuen Leserkreis!

**Jürgen Mittelstraß**

Vorsitzender des ÖWR

# Reformieren, aber wie?

**Österreichs Forschung hat in den letzten Jahren gegenüber der internationalen Spitze aufgeholt. Um wirkliche Exzellenzforschung und nachhaltige Leistungssteigerungen zu erreichen, will Österreich so wie auch eine Reihe europäischer Länder eine neue „Balance“ zwischen Kooperation und Wettbewerb von außeruniversitärer und universitärer Forschung finden. Die Problemlagen ähneln sich. Debattiert wird zwischen Budgetzwängen, Sach- und Parteipolitik und Reformbedarf.**

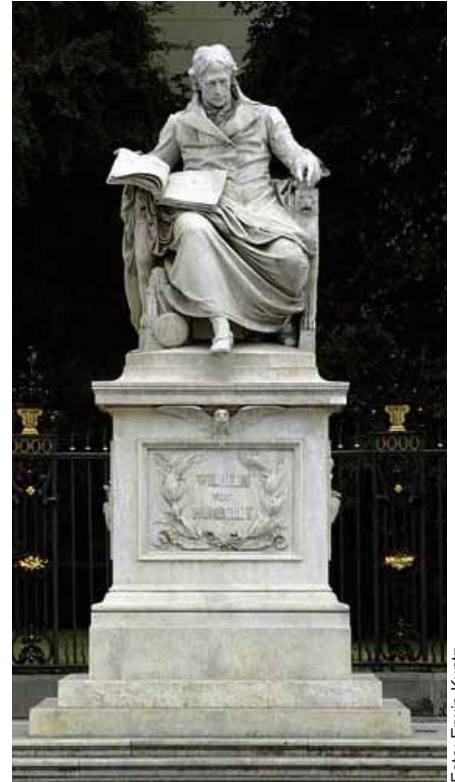


Foto: Erwin Kuntz

**E**s kommt selten vor, dass eine Tagung, deren Titel und Inhalt schon vor einem Jahr festgelegt wurde, eine tagesaktuelle Brisanz erhält. Bei der kürzlich stattgefundenen Jahrestagung des Österreichischen Wissenschaftsrates (ÖWR) war das der Fall. Das Tagungsthema „Kooperation und/oder Wettbewerb. Zum Verhältnis zwischen außeruniversitärer und universitärer Forschung“ hatte kurz zuvor die Schlagzeilen erobert.

Unerwartete Tagesaktualität erfuhr die Tagung durch die Ankündigung von Wissenschaftsministerin Beatrix Karl, mehr als 70 außeruniversitären Instituten die Basisfinanzierung zu streichen und damit eine Strukturbereinigung einzuleiten. „Auch wir wurden von den Ereignissen förmlich überrollt“, sagt ÖWR-Vorsitzender Jürgen Mittelstraß. Zwar habe der Wissenschaftsrat empfohlen, in Österreich über Wildwuchs und Strukturbereinigung nachzudenken, „aber im Zusammenhang mit einer eingehenden Evaluation der Institute.“ Auch

erwünschte und unerwünschte Effekte der bisherigen Forschungsförderungspolitik seien da mit einzubeziehen. Eine Neustrukturierung der Forschungslandschaft unter budgetpolitischem Diktat der leeren Kassen sei sicher nicht im Interesse der österreichischen Forschung. „Eine erfolgreiche Reorganisation der Forschungslandschaft“, so Mittelstraß, „hat aber in erster Linie nach inhaltlichen und wissenschaftsnahen Kriterien zu erfolgen.“

Mittlerweile haben sich die Wogen zwar ein wenig geglättet. Das Wissenschaftsministerium hat in Aussicht gestellt, mit betroffenen Instituten zu verhandeln und gemeinsame (Finanzierungs-)Lösungen zu finden. Das Thema aber, wie das Verhältnis zwischen außeruniversitärer und universitärer Forschung neu zu organisieren wäre, bleibt ein heißes Eisen. Mittelstraß: „In der österreichischen

Forschungslandschaft muss sich etwas ändern. Wenn die Ankündigung einen Diskussionsprozess einleitet, dann umso besser.“

**Internationale Debatte.** Nicht nur in Österreich wird über die Neustrukturierung der Forschungslandschaft mitunter heftig debattiert. Viele europäische Länder denken derzeit über Möglichkeiten und Methoden nach, ihre Forschungssysteme leistungsstärker zu gestalten. Wie man dies erreichen könnte, darüber besteht freilich noch keine Einigkeit. Die Diskussion ist im Fluss, und die EU bemüht sich gerade erst, einen Überblick über die un-

### „Ein einfaches Patentrezept für die Organisation von Spitzenforschung gibt es nicht.“

Martin STRATMANN,  
Max-Planck-Gesellschaft

einheitliche und zum Teil unübersichtliche Ist-Situation zu erhalten.

Bei der Jahrestagung des Österreichischen Wissenschaftsrates, die kürzlich im Haydn-Saal der Wiener Hochschule für Musik und Darstellende Kunst stattfand, hatten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen die Gelegenheit, sich über den aktuellen Stand der Debatte zu informieren. Eingeladen waren neben österreichischen Vertretern und Vertreterinnen von Forschungsinstitutionen aus dem universitären und außeruniversitären Bereich auch internationale Experten und Expertinnen.

Martin Stratmann, Vizepräsident der deutschen Max-Planck-Gesellschaft (MPG), eine der erfolgreichsten außeruniversitären Forschungseinrichtungen Europas, bringt die Meinung vieler Experten auf den Punkt: „Ein ein-

## SCHWEIZ

### „Grundlagenforschung lebt vom Bottom-up-Prinzip“

Dieter Imboden, Präsident des Nationalen Forschungsrates des Schweizerischen Nationalfonds, zu den Erfahrungen der Schweiz für eine erfolgreiche Organisation der Grundlagenforschung.

1. **Wenig Politikeinfluss:** Da Grundlagenforschung „bottom up“-getrieben ist und gerade junge Forscher und Forscherinnen neue Ideen einbringen, muss man sie gewähren lassen. Das heißt für die Politik: Je zurückhaltender die Politik agiert, umso besser.
2. **Mix aus Grund- und Wettbewerbsfinanzierung:** Finanzierte man die gesamte Grundlagenforschung ohne kompetitive Elemente, „würde sie träge werden“. Ausschließlich über Wettbewerb organisiert, fehlt Sicherheit und Nachhaltigkeit. Häufig weisen Nobelpreisträger darauf hin, dass sie ihre Auszeichnung nur deshalb erhalten haben, weil sie „20 Jahre lang auf ihrem Gebiet forschen konnten, ohne Rechenschaft abzulegen.“
3. **Nachhaltigkeit:** Das Forschungssystem ist so wendig wie ein Öltanker. Man kann ein gutes Forschungssystem schnell zerstören, aber man braucht lange, um es wieder in Fahrt zu bringen. Das sollte man immer bedenken, wenn man radikale Eingriffe fordert.
4. **Internationalität:** Mag sein, so Imboden, dass große Länder einfach durch ihre Größe eine „innere Sphäre“ aufbauen können. Bei kleinen Ländern ist Internationalität wichtig.
5. **Integration von Lehre und Forschung:** Die Schweiz kennt kaum außeruniversitäre Forschung. Auch Grundlagenforschungseinrichtungen, wie die Paul Scharer Institute, die mit der deutschen Max-Planck-Gesellschaft (MPG) vergleichbar wären, sind in das eidgenössische Konzept universitärer Forschung integriert. An Universitäten soll nicht nur Lehre betrieben werden, da sie ansonsten den Anschluss an die Spitze verlieren.

## GROSSBRITANNIEN

### Konzentration & Kollaboration

**Großbritanniens Forschungssystem zählt zu den leistungsfähigsten der Welt. Die Gründe dafür erklärt Geoffrey Crossick, Vice-Chancellor der London University.**

1. **Unversitäres System:** Die Forschung in Großbritannien ist zum großen Teil in Universitäten organisiert, außeruniversitäre Forschung („independent research“) ist in GB selten. Wenn sie stattfindet, dann im engen Kontext mit den Universitäten.
2. **Duale Förderung:** Die Forschungsförderung ist „dual“ organisiert. Exzellenzforschung ist zum einen wettbewerbsorientiert finanziert, zum anderen ist für eine ausreichende Basisfinanzierung gesorgt.
3. **Konzentration:** Typisch und für die Leistungsfähigkeit der britischen Forschung entscheidend sei die Konzentration in der Forschungsförderung. Die Top-10-Forschungsinstitutionen erhalten 57 Prozent der unter Wettbewerbsbedingungen vergebenen Forschungsmittel; die Top 30 teilen sich 90 Prozent. Ähnlich sieht die Aufteilung bei der Basisfinanzierung aus.
4. **Kritische Masse:** Durch die hohe Konzentration erreichen die autonom agierenden Universitäten eine „kritische Masse“, in der Transdisziplinarität gefördert wird und Mittel unter strategischen Gesichtspunkten und ohne politischen Einfluss nachhaltig eingesetzt werden können.
5. **Wettbewerb:** Die kompetitiven Elemente der Forschungsförderung sorgen sowohl für universitätsinternen als auch externen Wettbewerb um Ressourcen.
6. **Vollkostenfinanzierung:** Bei der Forschung werden die Vollkosten finanziert. Das hat dazu geführt, dass die Anzahl der Forscher und Forscherinnen gewachsen ist. Das Risiko: Mit der Forschung wächst auch die Zahl der Studierenden mit, was wiederum einen größeren Ausbildungsaufwand bedeutet.

faches Patentrezept gibt es nicht. Viele Wege führen zum Erfolg.“ Die Empirie gibt ihm recht. Während etwa in angelsächsischen Ländern und in der Schweiz Grundlagenforschung so gut wie nur an Universitäten stattfindet, liegt der Fall in Deutschland völlig anders. Hier findet exzellente Grundlagenforschung zu einem erheblichen Teil in außeruniversitären Einrichtungen statt. Und gerade die MPG, mit ihren kleinen und hochspezialisierten Instituten, trägt viel dazu bei, dass Deutschlands Forschung durch Nobelpreise geadet wird. Mit ein Grund dafür: Ein äußerst ausdifferenziertes Anreizsystem sorgt für Wettbewerb, aber

*„Die Schweiz hat zum Großteil das umgesetzt, was die Europäische Union gerne erreichen wollte.“*

*Christoph KRATKY, FWF*

erlaubt gleichzeitig flexible Kooperationen von Forschern mit universitären Top-Instituten im In- und Ausland. Dabei ermöglichen administrativ und hierarchisch schlanke Strukturen, sich schnell auf Neues zu konzentrieren und – wenn nötig – Altes auch aufzugeben. Das Ergebnis: internationale Spitzenleistung. Auf Österreich, so der Tenor vieler Experten, seien deutsche Verhältnisse freilich nicht eins zu eins übertragbar. Zum einen sei das Risiko groß, dass damit die universitäre Forschung und die Humboldtsche „Einheit von Forschung und Lehre“, die für gut ausgebildeten Forschernachwuchs sorgt, auf der Strecke bleiben. Denn schon im knapp zehnmal größeren Nachbarland würden Universitäten über die Maße vom „brain drain“ in Richtung

außeruniversitärer Spitzenforschung strapaziert. Zum anderen haben Forscher auch ihre guten Gründe, dem Anreizsystem außeruniversitärer Forschungsinstitutionen zu folgen. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen bieten häufig die Möglichkeit, nachhaltig, finanziell weitaus besser ausgestattet (das gilt in Deutschland für alle Disziplinen), flexibel und „neugiergetrieben“ Grundlagenforschung zu betreiben, ohne sich mit schwerfälliger Universitätsbürokratie beschäftigen zu müssen. In der „Schlacht um die besten Köpfe“ sind aber gerade solche Möglichkeiten oft der ausschlaggebende Grund, um Universitäten den Rücken zu kehren.

*„Die Universität Wien wird durch unklare Anreizsysteme gleichzeitig in Richtung Top-Forschungsinstitution à la Harvard und reine Lehrinstitution à la Community College gedrängt.“*

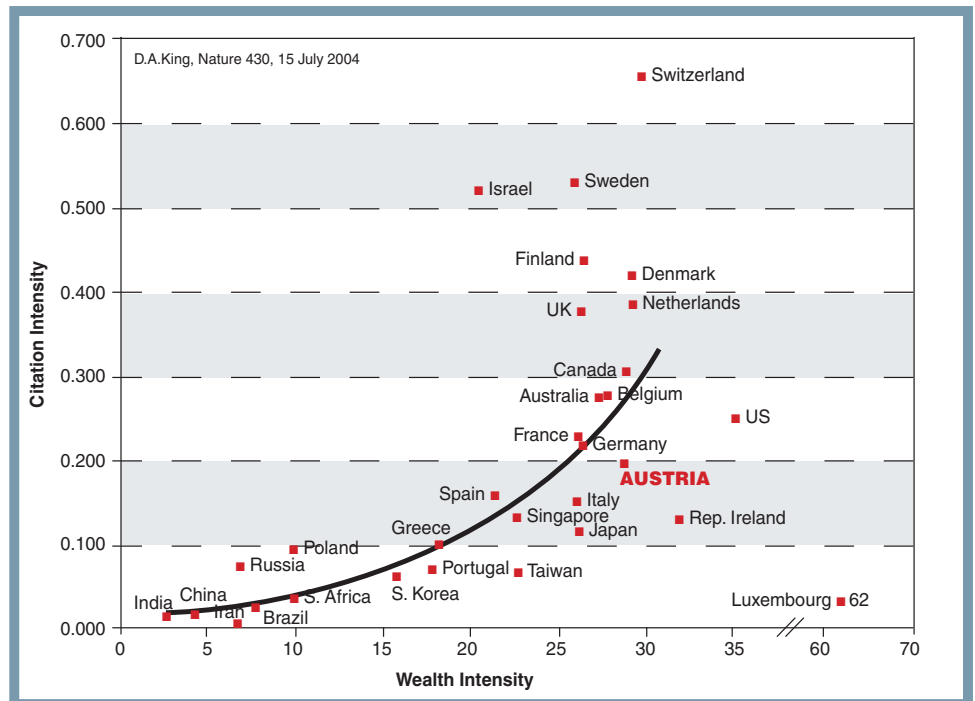
*Georg WINCKLER, Universität Wien*

**Spitzenleistung.** Dass außeruniversitäre Forschung per se bessere Forschungsleistungen erbringe, weisen viele Experten zurück. Für Christoph Kratky, Präsident des Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung (FWF), ist es auch im Falle der nobelpreisgeadelten MPG überhaupt nicht klar, dass sie eine höhere Outputleistung als Universitäten erbringe. Schließlich sei die MPG im Gegensatz zur forschenden wie auch lehrenden Universität wesentlich besser finanziert. Ähnlich sehe es auch in Österreich aus. „Vergleicht man nur

die forschungsrelevanten Budgets“, sagt Kratky, „so schneidet die universitäre Forschung in Österreich sogar besser ab als die außeruniversitäre.“ Überspitzt formuliert

**Nachholbedarf**

Als mit der Schweiz vergleichbares reiches Land schneidet Österreich in der Forschungsleistung deutlich schlechter ab als die Schweiz.



## MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

### „Exzellente außeruniversitäre Forschung“

Die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) zählt zu den erfolgreichsten außeruniversitären Forschungseinrichtungen Deutschlands. Seit ihrer Gründung im Jahre 1948 kamen 17 Nobelpreisträger aus ihren Reihen. Hinzu kommen weitere 15 Nobelpreise, mit denen Wissenschaftler der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zwischen 1914 und 1948 ausgezeichnet wurden. Insgesamt arbeiten in der MPG mehr als 14.300 Mitarbeiter, davon 5140 Wissenschaftler. Hinzu arbeiten an den Instituten 7700 Nachwuchs- und Gastwissenschaftler. Erfolgsfaktoren der MPG, so ihr Vizepräsident Martin Stratmann, sind:

**Starke Fokussierung:** Derzeit unterhält die MPG 80 Forschungsinstitute zu hochspezialisierten Themen.

**Klare Ziele:** Die MPG besitzt die Fähigkeit, sich auf Neues zu konzentrieren und Altes aufzugeben. Institute werden wieder geschlossen, wenn ein Wissensgebiet uninteressant oder kein kompetenter Spitzenforscher für die Weiterführung gefunden wird.

**Kooperation & Wettbewerb:** Einer Integration der MPG in das universitäre System, wie häufig gefordert, steht die MPG skeptisch gegenüber. Zusammenarbeit mit Universitäten wird zwar immer wieder angestrebt, „zwanghafte Kooperationen“ seien aber nicht im Interesse der MPG.

**Schlanke, fokussierte Strukturen:** An den Instituten forschen internationale Spitzenforscher. Wenn ein solcher nicht gefunden wird, wird das Wissenschaftsgebiet aufgegeben.

**Konkurrenz und Zusammenarbeit mit Universitäten:** Wettbewerb zwischen außeruniversitären und universitären Institutionen sind kein Selbstzweck; Kooperationen sollten aber auch nicht unter Zwang erfolgen.

sei für ihn die außeruniversitär organisierte Grundlagenforschung daher „eigentlich unnötig“, beziehungsweise stelle sie sich als höchst fragwürdig dar. „Sie könnte genauso gut in das Universitätssystem integriert werden.“

Bei der Forschungsförderung durch den FWF sei freilich zuzugeben, dass sie derzeit „strukturell gegenüber außeruniversitärer Forschung ungerecht“ sei, da die Drittmittel weder Vollkosten noch Overheadkosten abdecken. Außeruniversitäre Institute ohne Basisfinan-

### „Mobile Forscher sind in ganz Europa Mangelware.“

Günter STOCK, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

zierung könnten von Drittmitteln allein nicht leben; die intensive Zeit des Antragschreibens für ein Forschungsprojekt beim FWF ist nicht finanziert. „Eine Änderung haben wir aber bereits am Radar.“

**Immobilie Forscher.** Nationale Forschungssysteme haben bei der Gestaltung exzellenzfördernder Anreizsysteme oft großen Nachholbedarf, besonders, wenn es um die Schaffung eines europäischen Forschungsraumes geht. So seien „mobile Forscher in Europa noch immer Mangelware“, sagt der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Günter Stock. 97 Prozent aller europäischen Hochschullehrer haben ihr Land noch nie für einen längeren beruflichen Auslandsaufenthalt verlassen. „Die einzigen, die durch Erasmus und Bologna-Prozess bis jetzt mobiler geworden sind, sind die europäischen Studierenden“, sagt auch der Rektor der Universität Wien, Georg Winckler. Erasmusstipendien und der Bologna-Prozess machten es möglich.

Strukturänderungen, die diese Situation verbessern und damit auch einen europäischen Forschungsraum schaffen könnten, sind freilich fast allorts mit größeren Widerständen verbunden. Nationale Programme, die die Exzellenz der Forschung, Internationalisierung, Profilschärfung und Mobilisierung verbessern sollen, werden häufig politisch motiviert oder halbherzig konzipiert und durchgeführt. Frankreich gibt zwar die ungeheure Summe von fast 20 Milliarden Euro für Forschungsförderungsprogramme aus. Versucht die Politik aber „Top down“-Veränderungsprozesse durchzusetzen, so gehen hunderttausende Menschen auf die Straße. In Spanien wiederum versucht man zwar mit vielfältigen Maßnahmen neue Leistungsanreize zu erzielen. Die Programme zur Forschungsförderung haben aber keine große Wirkung, da sie eher einen „kann“- als einen „muss“-Charakter der Steuerung besitzen. Als vorbildhaft gilt derzeit Großbritannien, das fast seine gesamte Forschungslandschaft im Rahmen universitärer Strukturen organisiert und mit der wettbewerbsorientierten Forschungsförde-

### „Außeruniversitäre Forschung ist eigentlich unnötig.“

*Christoph KRATKY, FWF*

rung durch die Research Councils (hier wird die strategische Förderung nach Disziplinen gebündelt) internationale Spitzenleistungen erzielt. Ähnlich sieht es in der Schweiz aus. Obwohl als kleines Land nicht von vornherein dazu prädestiniert, internationale Forschungsbestnoten zu erzielen, gilt das eidgenössische Forschungssystem als euro-

päische Spitzenklasse. „Die Schweiz hat zum Großteil das umgesetzt, was die Europäische Union gerne erreichen wollte“, sagt FWF-Präsident, Christoph Kratky. „Das Forschungssystem ist gut aufgestellt, international wettbewerbsfähig und outputorientiert.“

**Reformbedarf.** In Österreich wird durch ein unklares Anreizsystem viel Potenzial liegen gelassen, sagt der Rektor der Universität Wien, Georg Winckler: „Die Universität Wien wird damit gleichzeitig in Richtung Top-Forschungsinstitution à la Harvard und reine Lehrinstitution à la Community College gedrängt.“ Unklare Anreize und kleinteilige Gießkannenförderungen führen auch dazu, dass das Forschungssystem in seiner Fragmentierung verharrt und die erwünschte Profilschärfung und Konzentration auf sich warten lässt – darauf hat auch der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen mehrfach hingewiesen.

Dass man weitreichende Veränderungen der nationalen Forschung durchaus erfolgreich durchführen kann, zeigt das Beispiel Dänemark. Nachdem die Universitäten 2003 in die Autonomie entlassen wurden, begann man wenig später mit einem groß angelegten Prozess zur Strukturbereinigung. Das dänische „Merger“-Programm sollte dabei eine „Globalisierungsstrategie“ umsetzen und sowohl die internationale Wettbewerbsfähigkeit als auch die Zusammenarbeit universitärer Forschung mit der Industrie stärken. Das Ergebnis lässt sich sehen: Aus zwölf Universitäten wurden acht, neun von 13 außeruniversitären Einrichtungen („Governmental Research Institutes“) wurden integriert. Nur drei Universitäten blieben durch den Merger-Prozess unverändert. Insgesamt gibt es nun nur noch sechs große Forschungsstandorte in Dänemark. Für Georg Winckler, der als EU-Ratsmitglied für den Europäischen Forschungsraum an der dänischen Evaluation teilgenommen hat, wurden die Universitäten durch die Restrukturierung gestärkt: „Der Prozess ist aber noch nicht abgeschlossen.“ Die Evaluation zeigte, dass die wenigen noch bestehenden außeruniversitären Institute zu klein sind, um wirklich überlebensfähig zu sein. Sie sollen, so die Empfehlung der Evaluatoren, ebenso in die Universitäten integriert werden.

# „Wenig Verständnis für neugiergetriebene Forschung“

**Grundlagenforschung hat in Österreich ein schlechtes Image. Auch EU-Bürokraten stellen sich Forschung so planbar vor wie einen Autobahnbau.**

**A**lle fünf Jahre wird in der europaweiten Eurobarometer-Umfrage die Stimmung zu Europa und anderen Themen erhoben. In der umfassenden Fragenbatterie ist auch eine vertreten, die gerade heraus fragt, was von wissenschaftlicher Forschung zu halten sei, aus der sich kein unmittelbarer Nutzen ergibt, die aber das Wissensspektrum erweitert. Ist diese notwendig und sollte sie von der Regierung unterstützt werden? „Neugiergetriebene Forschung“ heißt dieser Teil der Grundlagenforschung, die rein aus Interesse wissen will, wie etwa eine menschliche Zelle funktioniert oder das Universum entstanden ist.

Das interessante Ergebnis: Während in vielen europäischen Ländern die Grundlagenforschung hohe Zustimmungsraten mit einer satten drei Viertel Mehrheit erhält, ist die Stimmung in Österreich ganz anders: Gerade einmal 48 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Grundlagenforschung notwendig sei und von der Regierung gefördert werden sollte. Rund 25 Prozent lehnen diese Art der Forschung überhaupt ab.

Im Vergleich zu anderen EU-Ländern hat die „neugiergetriebene Grundlagenforschung“ in Österreich das schlechteste Image aller EU-27-Staaten. Selbst in Portugal, das mit 60 Prozent Zustimmung auf Rang 26 liegt, gebe es noch eine demokratische Mehrheit für die Grundlagenforschung.

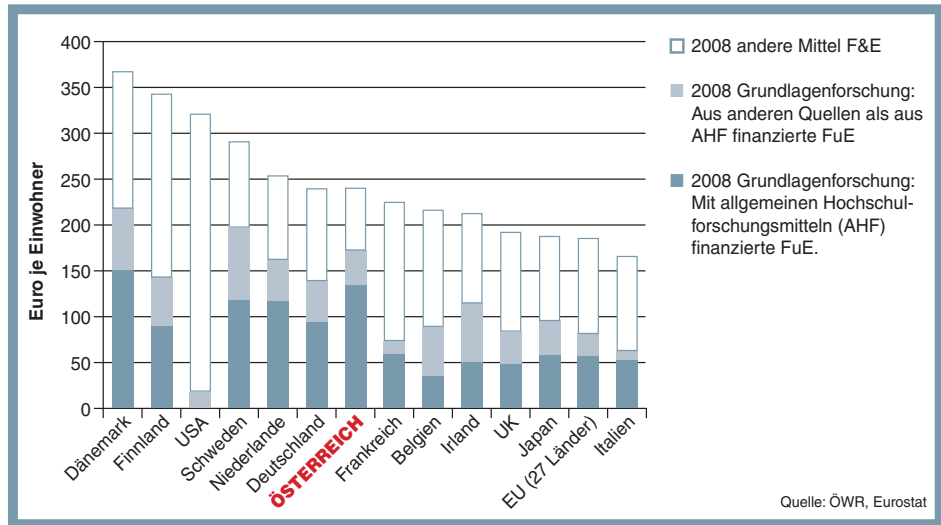
Obwohl das Eurobarometer-Ergebnis bloß eine Momentaufnahme der allgemeinen Stimmung wiedergibt, bringt

sie im Falle Österreich doch eine Grundtendenz zum Ausdruck. Denn schon bei der letzten Eurobarometerumfrage im Jahre 2005 bildete Österreich in Sachen Akzeptanz von Grundlagenforschung das Schlusslicht unter den EU-27-Staaten. Ein Verständnis für „neugiergetriebene Forschung“, das in anderen EU-Ländern vorhanden ist, scheint in Österreich also weit aus schwächer ausgebildet zu sein. Mit der Schlagzeile „Grundlagenforschung? – Brauch ma ned!“ brachte die Tageszeitung „Der Standard“ die österreichische Grundstimmung völlig zu Recht auf den Punkt.

Die österreichische Grundlagenforschung ist freilich wesentlich besser als ihr Ruf. Bezogen auf Zitierungen je 1000 Einwohner liegt Österreich noch vor Ländern wie Deutschland oder Frankreich an 15. Stelle der internationalen Rankings. „Österreichische Grundlagenforscher können in vielen Gebieten mit der Weltspitze mithalten“, sagt auch Jürgen Mittelstraß, Vorsitzender des Österreichischen Wissenschaftsrates. Zum Beispiel im Bereich der Quantenoptik, die mit der Verschränkung von Teilchen neue physikalische Grundlagen erforscht oder im Bereich der Molekularen Biologie, wo man mit dem Institut für Molekulare Biologie international führende Krebsforschung betreibt.

**F&E-Finanzierung**

Österreich kann bei der F&E-Finanzierung im internationalen Vergleich mithalten.



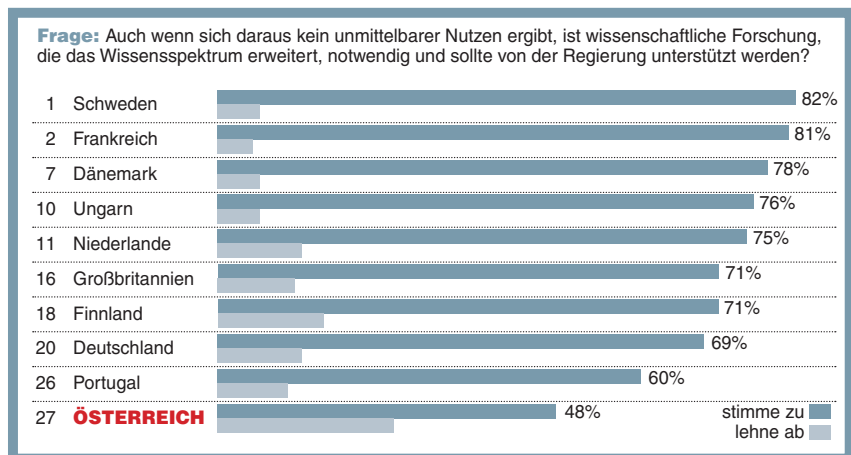
Im Vergleich zu anderen Ländern von ähnlicher Größe und ähnlichem Reichtum zeigt sich allerdings, dass „in Österreich viel Potenzial ungenutzt bleibt“, sagt Christoph Kratky, Präsident des Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung (FWF). Setzt man etwa die Forschungsleistung eines Landes mit dem nationalen Wohlstand in Verbindung, so schneidet Österreich unterdurchschnittlich ab. Dass dies nicht an der Kleinheit des Landes liegt, zeigt die Performance ähnlich großer und reicher Länder wie Schweden, Finnland, Dänemark und vor allem die Schweiz. Sie führen das internationale Ranking nicht nur in der Forschungsleistung an, sondern zählen gleichzeitig auch zu den Top 5 der innovationsfähigsten Länder der Welt.

Diese internationalen Spitzenleistungen kommen nicht von ungefähr.

Bezogen auf das BIP, so FWF-Präsident Kratky, gibt die Schweiz mit 0,833 Prozent rund doppelt so viel für Grundlagenforschung aus wie Österreich mit 0,437 Prozent. Während Österreich in den gesamten F&E-Ausgaben im internationalen Ländervergleich noch mithalten kann, hinkt sie im Vergleich der Finanzierung der rein „neugiergetriebenen“ Grundlagenforschung hinterher. Vergleicht man internationale staatliche Institutionen, die wie der FWF Grundlagenforschung finanzieren, so ergibt sich, dass in der Schweiz durch den „SNF“ 54 Euro (in Finnland durch den „AKA“ sogar 58 Euro) in die staatlich finanzierte Grundlagenforschung fließen. In Österreich erreichen die für Grundlagenforschung eingesetzten Steuermittel mit pro-Kopf-Ausgaben von 17,5 Euro im Vergleich dazu ge-

**Grundlagenforschung**

Grundlagenforschung hat 2010 in Österreich das schlechteste Image unter allen EU-27 (EU-27 Durchschnitt: 72% stimmen zu, 9% lehnen ab) Ländern.



rade einmal ein Drittel der internationalen Spitzengruppe. Ähnlich fällt der Vergleich bei der Anzahl der Forscher und Forscherinnen an den Gesamtarbeitskräften aus: In Japan, dem Land, das bereits in den frühen 1990er Jahren intensiv auf Grundlagenforschung setzte und heute unangefochten die internationalen Patentstatistiken anführt, kommen auf 1000 Arbeitskräfte 9,72 Forscherinnen und Forscher. Ungefähr dieselbe Forscherquote gibt es auch in den innovativsten und grundlagenforschungsbegeisterten Ländern Europas wie etwa Finnland (9,1) und Schweden (9,1). Österreich liegt mit einer Forscherquote von 5,24 noch unter dem EU-27-Durchschnitt.

**Grundlagenforschung à la Autobahnbau?** Für Dieter Imboden, Präsident des Nationalen Forschungsrates des Schweizerischen Nationalfonds, ist eine skeptische Haltung gegenüber „neugiergetriebener Grundlagenforschung“ ein bekanntes und weit verbreitetes Phänomen. „Selbst EU-Bürokraten, die für die Definition von Forschungsprogrammen verantwortlich sind, zeigen oft wenig Verständnis für neugiergetriebene Forschung.“ Der Ausgang von Experimenten ist ungewiss, die Methoden, um erfolgreiche Ergebnisse zu erzielen, sind unbekannt und die Frage, welchen Zweck die Ergebnisse einmal erzielen werden, nicht vorhersagbar. Grundlagenforschung würde man daher viel lieber so organisieren wie einen Autobahnbau: Man füge viele verschiedenen Wissenschaftszweige modularartig zusammen; die Ziele sind definiert und die Methoden, wie man diese erreicht, bekannt. Auch das Mondlandeprogramm, das die Vereinigten Staaten nach dem Sputnik-Schock 1961 starteten, war ein Forschungsprogramm nach Sorte „Autobahnbau“. Man brauchte „nur“ noch die Trägerraketen zu vergrößern und eine Mondlande-Einheit zu entwickeln. Die wissenschaftlichen Grundlagen dafür waren bereits alle bekannt.

Das große Problem freilich ist, dass die großen Herausforderungen der Menschheit, wie etwa Fragen zu Klima, Energie, Alterung der Gesellschaft, Armut und Reichtum, nicht mit Forschung à la Autobahnbau zu lösen sind. „Wir kennen bei diesen großen Forschungsthemen zwar das Ziel, wie etwa das Energieproblem zu lösen, die Klimaerwärmung zu stoppen oder den Krebs zu besiegen. Aber in

Land	Organisation	€/Einwohner
Schweiz	SNF	54,1
Finnland	AKA	58,2
Großbritannien	RCUK	30,0
Deutschland	DFG	26,8
Niederlande	NWO	33,3
Österreich	FWF	17,5

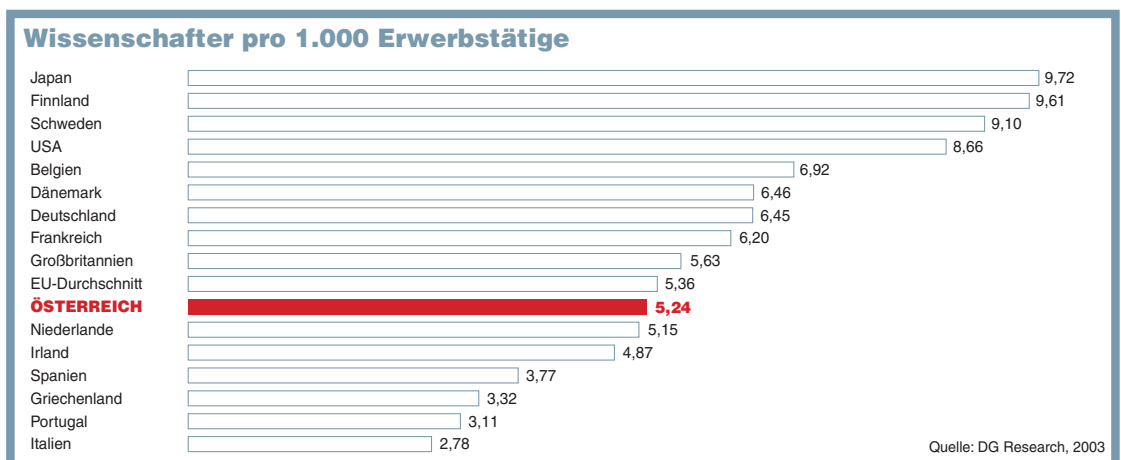
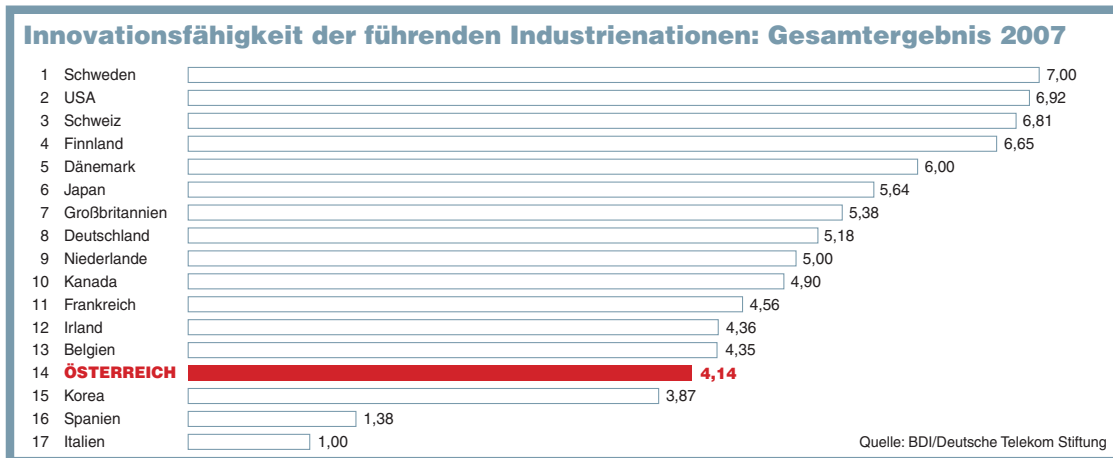
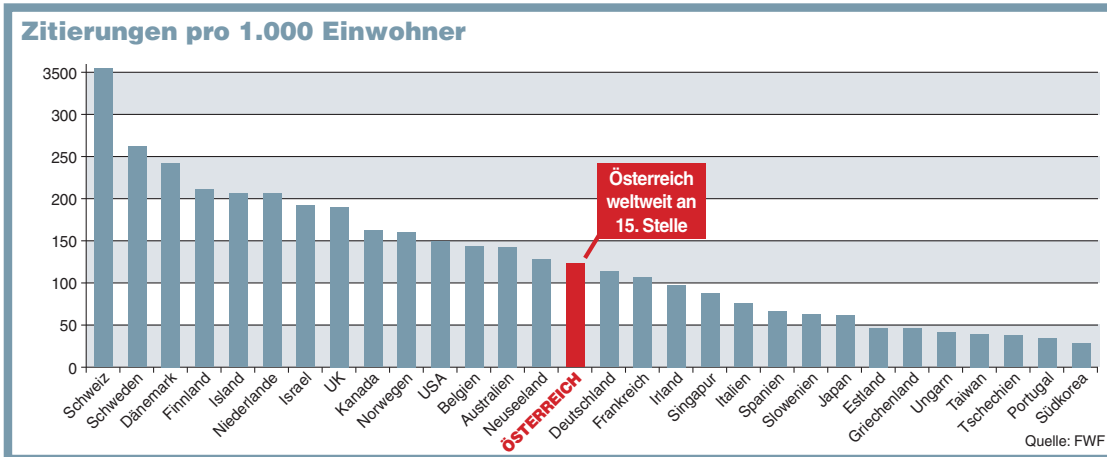
**FWF im internationalen Vergleich**  
Die mit Österreich vergleichbare Schweiz gibt über den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) 54,1 Euro pro Einwohner für die Förderung der Grundlagenforschung aus; der FWF in Österreich verfügt nur über 17,5 Euro pro Einwohner.

vielen Fällen weiß man dafür noch nicht einmal die Wissenschaften, mit denen man dieses Ziel erreichen könnte – geschweige denn die richtigen Methoden und Techniken.“

Genau dafür aber liefert die neugiergetriebene Grundlagenforschung oft Antworten und neue Inputs. „Neugiergetriebene Grundlagenforscher sind die ‚Primärproduzenten‘ in der Forschung“, sagt Imboden. Zwar weiß im Vorhinein niemand, ob neue Forschungsergebnisse wie etwa die vor kurzem erstmals in CERN erzeugte Antimaterie einmal einen Beitrag zur Lösung des Energieproblems liefern können. „Grundlagenforschung liefert aber immer wieder Inputs für anwendungsorientierte Forschung.“

Für den ÖWR ist die Trennung zwischen Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung mittlerweile längst obsolet und bedeutet oftmals nur mehr, Forschungsbudgets gegeneinander auszuspielen. „Wir bewegen uns in einem dynamischen Forschungsdreieck, gebildet aus reiner Grundlagenforschung, anwendungsorientierter Grundlagenforschung und produktorientierter Anwendungsforschung“, sagt ÖWR-Vorsitzender Mittelstraß. „Die Politik sollte im Zusammenhang mit der Förderung der Grundlagenforschung die Gelassenheit und die Größe aufbringen, von thematischer Lenkung abzusehen.“

**Österreichs Forschungssystem im Vergleich.** Bei Zitierungen und Innovationsfähigkeit im vorderen Mittelfeld, bei Wissenschaftlern pro 1000 Erwerbstätige besteht noch Aufholbedarf.



# „Grober Unfug“

**Österreichs Forschungssystem soll reformiert werden, um an die internationale Spitze herangeführt zu werden, darin sind sich die Experten einig. Kontrovers diskutiert wird freilich der einzuschlagende Weg. Während Universitätsvertreter auf die autonome Organisation nach dem „bottom up“-Prinzip setzen, insistieren Vertreter des Wissenschaftsministeriums über die Finanzierung hinaus auch auf einer inhaltlichen Steuerung der Forschungslandschaft.**

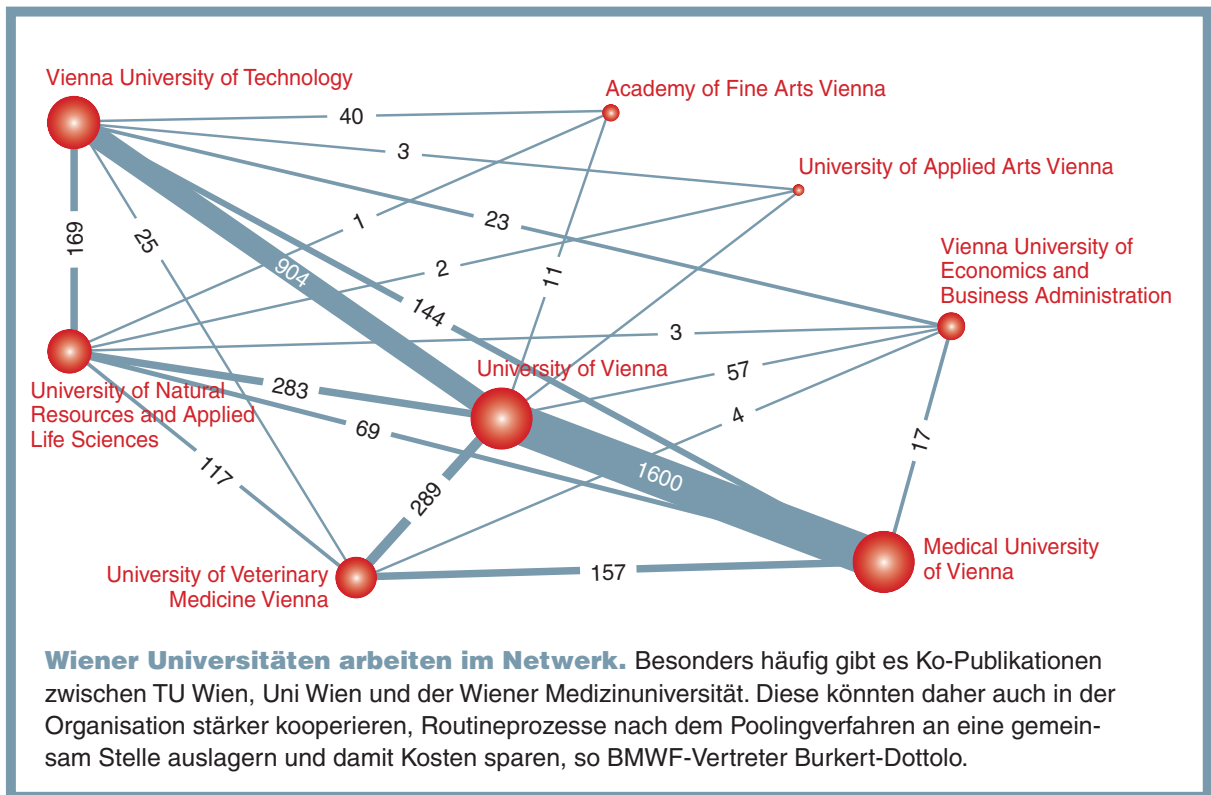
**W**er Top-Down-Prozesse in der Grundlagenforschung rechtfertigen will, muss sich auf scharfen Gegenwind gefasst machen.

Das musste auch Günter Burkert-Dottolo, Vertreter des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (bmwf) bei der ÖWR-Tagung erfahren. Den „Reform-Blumenstrauß“, den er den Universitäten überreichen wollte, wurde ihm von Hans Sünkel, Präsident der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko) umgehend zurückgegeben. „Diese Vorschläge gehen zu weit. Das Ministerium hat sich nicht in inhaltliche Fragen der Forschung einzumischen.“

Schon im Rahmen des – von mehreren Seiten als gescheitert bezeichneten – Hochschuldialoges hatten sich gravierende Auffassungsunterschiede zwischen Ministeriums- und Universitätenvertretern gezeigt, was schlussendlich zum Ausstieg der Universitäten und der Studierenden führte. Neuer Stein des Anstoßes ist die vom Wissenschaftsministerium ventilierte Möglichkeit, auch in der inhaltlichen Strukturierung der Forschungsthemen an österreichischen Forschungsstandorten ein gewichtiges Wort mitreden zu wollen. Der Grund dafür, so Burkert-Dottolo: „Österreich zählt in der Grundlagenforschung nicht zu den ganz großen Playern, und die Ressourcen sind knapp. Eine bessere Themenabstimmung ist daher nötig, und zwar in Zusammenarbeit mit dem Ministerium.“ Als Beispiel gibt Burkert-Dottolo die Forschungssituation an den österreichischen Me-

dizinuniversitäten an. Sie hätten nach ihrer Ausgliederung die gesamte thematische Forschungspalette an allen neuen Standorten weitergeführt. Das aber sei nicht notwendig. Denn vieles werde heute damit „doppelt und dreifach“ beforscht, so Burkert-Dottolo.

**Sturmwarnung.** Postwendende Kritik an dieser Analyse kommt von FWF-Präsident Christoph Kratky: „Dass es in Österreich duplizierte Forschung gibt, ist eine Unterstellung, und die weise ich zurück. Wenn zwei Forscher das gleiche tun, dann tun sie noch lange nicht dasselbe.“ Zudem dürfe man, so Universitäts Sprecher Sünkel, nicht in den Fehler verfallen, die Grundlagenforschung ausschließlich unter dem Blickwinkel von Effizienz und Budgetzwängen zu beurteilen. „Für je ein Forschungsgebiet nur ein Institut vorzusehen, wäre grober Unfug“, sagt Sünkel. „Ein ideales Wissenschaftsgebiet ist nicht schlank organisiert. Erst Redundanz bringt Sicherheit und lässt die stärksten Stürme überstehen.“ Wie die universitäre und außeruniversitäre Grundlagenforschung in Zukunft organisiert werden soll, ist derzeit freilich noch eine offene Frage. Für die Restrukturierung stünde eine breite Palette an Modellen zur Verfügung. „Im



Idealfall“, sagt Burkert-Dottolo, „bestimmt der Forschungsinhalt selbst seine Organisationsform.“ In der Realität müssen sich aber viele Formen, von Spezialisierungs- und Transdisziplinaritäts- über Fakultäts- bis zu Netzwerkmodellen, im Wettbewerb bewähren.

Klar zu kritisieren ist die österreichische „Additiv-Praxis“ in der Forschungspolitik. Burkert-Dottolo: „Neues wurde zwar immer wieder geschaffen, Bestehendes aber nie aufgelassen.“ Dadurch kam es zu einer Überlagerung verschiedenster Ansätze. Die Folge: unklare Profile und Zielsetzungen.

Dass die Möglichkeit einer Profilschärfung in der Forschung gegeben ist, zeigen internationale Beispiele wie auch jenes der Schweiz, sagt der Ministeriumsvertreter: „Im erfolgreichen eidgenössischen Restrukturierungsprozess wurden ganze Fakultäten zugesperrt beziehungsweise an Universitäten in andere Kantone verlagert.“

**Hochschulplan.** Wie auch immer die Neustrukturierung ausfallen wird, eine der größten Herausforderungen dabei wird eine optimale Zusammenführung von außeruniversitärer und universitärer Grundlagenforschung darstellen. „Damit könnten neue große Forschungsinfrastrukturen gebildet werden, die exzellente Forschung und effiziente Ressourcennutzung sicherstellen“, sagt Burkert-Dottolo. „Die große Linie dafür wird der Hochschulplan vorgeben.“

Vertreter von außeruniversitärer und universitärer Forschung stimmen Burkert-Dottolo in diesem Punkte zwar zu. Erst mit Hilfe einer umfassenden und nachhaltig finanzierten Forschungsstrategie könnte man das Verhältnis von außeruniversitärer und universitärer Forschung zielgerichtet festlegen. Vorbehalte gegenüber zu trivialen oder ausschließlich budgetgetriebenen Reformansätzen aber bleiben. Uniko-Präsident Sünkel: „Einstein sagte, man sollte die Strukturen so einfach wie möglich machen. Aber bitte nicht einfacher.“

# Kooperation und Wettbewerb oder: warum beides der Wissenschaft gut tut

**Wissenschaft ist nichts Statisches, sondern etwas sehr Dynamisches. Sie erfindet sich in der Forschung ständig neu. Ewige wissenschaftliche Wahrheiten sind selten geworden. Und was hinsichtlich der wissenschaftlichen Wissensbildung gilt, gilt auch von deren institutionellen Formen. Auch diese sollten der Bewegung des Wissens folgen, nämlich immer dann, wenn der wissenschaftliche Fortschritt selbst nach neuen Organisationsformen ruft.**

Von Jürgen Mittelstraß

**W**esentliche Elemente sowohl der wissenschaftlichen Forschung als auch deren Organisation sind Wettbewerb und Kooperation. Diese stellen auch in der Wissenschaft etwas völlig Normales dar – als Wettbewerb und Kooperation zwischen Wissenschaftlern, Arbeitsgruppen und Einrichtungen. Ohne Wettbewerb fände in der Wissenschaft kein Fortschritt statt, und ohne Kooperation auch nicht. Allerdings sind Wettbewerb und Kooperation zugleich schwer zu realisieren. Wer im Wettbewerb mit anderen steht, kooperiert nicht mit diesen, und wer mit anderen kooperiert, tritt nicht in einen Wettbewerb mit diesen. Andererseits zwingen die Verhältnisse häufig zur Einschränkung eines wünschenswerten Wettbewerbs durch Kooperation. Das gilt in der Wissenschaft

vor allem dann, wenn Ressourcenknappheit und eine nicht ausreichende Infrastruktur eine Kooperation mit dem Wettbewerber nahelegt, wenn das Prinzip der Arbeitsteilung, das in wachsendem Umfang auch in der Wissenschaft gilt, den wissenschaftlichen Wettbewerber zum gesuchten Partner macht. Außerdem ist Kooperation auch in der Wissenschaft ein Mittel, um im Wettbewerb mit Dritten besser zu bestehen.

Die Wissenschaft löst das offenkundige Dilemma eines Widerstreits beider Prinzipien, des Prinzips Wettbewerb und des Prinzips Kooperation, einerseits theoretisch, indem sie diesen Widerstreit als ein dialektisches

Verhältnis auffasst – die Aufhebung der Dialektik zwischen Wettbewerb und Kooperation würde das System Wissenschaft leistungsarm machen –, andererseits praktisch, indem sie sich situationsbezogen jeweils kooperativ oder konkurrierend verhält. Dabei erfasst ein wünschenswerter und für das System Wissenschaft notwendiger Wettbewerb alle Teile dieses Systems, die universitären wie die außeruniversitären. Das wird zusammen mit immer wichtiger werdenden inter- und transdisziplinären Arbeitsformen in Zukunft zu neuen Organisationsformen führen, in denen die Grenzen zwischen Fächern und Disziplinen, aber auch zwischen unterschiedlichen Organisationsformen, blass werden. Und diese Zukunft hat bereits begonnen, auch wenn dies die Universität in ihren überkommenen Formen, etwa in einer starren Instituts- und Fakultätsstruktur, noch nicht bemerkt hat, und die außeruniversitäre Forschung ihre institutionellen Selbständigkeiten pflegt. Die Begründung ist einfach: Das Wissenschaftssystem muss sich bewegen, wenn sich die Forschung bewegt.

Dass dies auch die gegebene Ordnung von universitärer und außeruniversitärer Forschung betrifft, wird derzeit heftig diskutiert. Universitäre und außeruniversitäre Forschung bilden auch in Österreich unterschiedliche Welten; verbunden sind sie teils durch Wettbewerb, teils durch Kooperation. Dabei stellen die Universitäten den eigentlichen Kern eines Wissenschafts- und Forschungssystems dar, erkennbar darin, dass sich nirgendwo anders der Forschungsbegriff und der Forschungsauftrag mit einer derartigen Vielfalt von Forschungsfeldern und Forschungsinteressen verbinden und nirgendwo anders die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses – nicht nur für sich selbst, sondern auch für

das gesamte Wissenschafts- und Forschungssystem – in dem dafür notwendigen Zusammenhang von Forschung und Lehre stattfindet.

Das wiederum bedeutet, dass es auch in einer Forschungswelt, in der der Einfluss der außeruniversitären Forschung zunimmt, eines geregelten Verhältnisses zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung bedarf, die der zentralen Stellung der universitären Forschung forschungssystematisch und forschungspolitisch Rechnung trägt, sei es in Wettbewerbs-, sei es in Kooperationsform. Gerade Österreich als kleines, aber wissenschaftlich bedeutendes Land sollte hier in besonderer Weise vorbildhaft sein. Vieles verdankt sich im Wissenschafts- und Universitätssystem auch hier einem mehr oder weniger unregelmäßigen, ‚naturwüchsigen‘ Prozess. Der hat Vorteile – er bringt im glücklichen Falle die wissenschaftliche Dynamik unmittelbar zum Ausdruck –, ist in der Regel aber nicht die Antwort auf zukünftige Herausforderungen. Hier muss daher auch an eine (Re-)Integration von Einrichtungen der außeruniversitären Forschung in die Universitäten gedacht werden, die ihre Existenz häufig eher historischen Zufällen denn institutioneller Vernunft oder auch einer früheren, heute wohl nur noch selten gegebenen Inflexibilität der Universität in forschungspolitischen und institutionellen Dingen verdanken, ganz abgesehen davon, dass viele derartiger Einrichtungen zu klein und zu schwach sind, sich in der Forschungswelt zu behaupten. Das Außeruniversitäre in der Forschung ist kein Selbstzweck, und Kooperation kann manchmal auch den Bau eines gemeinsamen Hauses bedeuten.

**JÜRGEN MITTELSTRASS**  
ist Vorsitzender des  
Österreichischen Wissen-  
schaftsrates und lehrt an  
der Universität Konstanz  
Philosophie.



Foto: Michael Nagl

# „Sorge um Nachhaltigkeit“

**Vertreter des österreichischen Wissenschaftssystems nahmen bei der Fachtagung des Österreichischen Wissenschaftsrates Stellung zum Verhältnis von außeruniversitärer und universitärer Forschung in Österreich.**

## **Sind außeruniversitäre Institute unnötig?**

„Nein, es geht um Reformprozesse. Eine nachhaltige und risikobereite Forschung, die Spitzenresultate erzielen will, ist schlecht mit einer großen Lehrbelastung an Universitäten zu vereinbaren. Eine Kooperation zwischen außeruniversitären Instituten und Universitäten bietet sich in vielen Fällen an.“

**Helmut Denk, Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften**

## **Braucht Österreich eine Pendant zur deutschen außeruniversitären Max-Planck-Gesellschaft?**

„Die Max-Planck-Gesellschaft kostet mit 1,2 Milliarden Euro gerade einmal soviel wie zwei Münchner Universitäten. Die Max-Planck-Gesellschaft kauft aber auch Spitzenforscher von den Universitäten weg. Das sind Spitzenleute, die sich alle bereits eigene Gruppen aufgebaut haben, und durch den Wechsel werden häufig Strukturen verdoppelt. Das ist nicht sinnvoll.“

**Wolfgang Knoll, Wissenschaftlicher Geschäftsführer, Austrian Institute of Technology**

## **Was können außeruniversitäre Forschungsinstitute besser als universitäre?**

„An einem Ludwig Boltzmann Institut lässt sich unter besten Rahmenbedingungen forschen. Eingefordert werden richtigerweise internationale Evaluierung und Interdisziplinarität. Man braucht gute Ideen, klare Strukturen und ein Ziel, so funktioniert auch Kooperation und Wettbewerb. In diese Richtung sollten sich auch die Universitäten ändern. Es darf nicht folgenlos bleiben, wenn an

Universitäten fix Angestellte demotiviert sind und keine Forschung betreiben.“

**Kathrin Yen, Leiterin des Ludwig Boltzmann Institutes für klinisch-forensische Bildung**

„Yens Charakterisierung der österreichischen Universitäten weise ich zurück. Es mag schwarze Schafe an Universitäten geben, aber Yens Erfahrungen kann man nicht verallgemeinern.“

**Christoph Kratky, FWF**

„Auch in der außeruniversitären Forschung wird die Lehre sehr ernst genommen. Die Mitglieder unserer Forschungsgruppen betrachten wir nicht als Angestellte, sondern als Auszubildende. Da sind auch wir dem Humboldtschen Ideal verpflichtet.“

**Thomas Henzinger, Institute of Science and Technology Austria (ISTA)**

## **Kommt ein Zusperrn von Institutionen in Frage?**

„Von den derzeit 64 Instituten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften sind gewiss nicht alle exzellent. Aber das bedeutet nicht automatisch ihre Schließung. Einige Institute sind gerade evaluiert worden, und der Report hat zum Beispiel für das Konrad Lorenz-Institut ergeben, dass eine Integration in die Veterinärmedizinische Universität von Vorteil sei. Das wird nun umgesetzt.“

**Helmut Denk, ÖAW**

### Sind außeruniversitäre Institute für die Universitäten ein Danaergeschenk?

„Universitäten nehmen außeruniversitäre Institute sicher nur dann auf, wenn sie exzellent sind. Wer aber mehr Leistungsfähigkeit von Universitäten und außeruniversitärer Forschung einfordert, sollte zuerst einmal die Mission klar definieren. Das ist eine Bringschuld der Politik, sie muss eine Strategie vorgeben. Das, was jetzt passiert, sind rein budgetgetriebene Überlegungen.“

**Hans Sünkel, UNIKO**

„Die außeruniversitären Institute flüchten sicher nicht in Richtung Universität. Sie können autonom wesentlich schneller reagieren, Budgets verschieben und neue Kompetenz organisieren. Wenn zum Beispiel ein Institut an einer Universität Schwierigkeiten damit hat, innerhalb von zwei Monaten ein interdisziplinäres Team für einen EU-Call zusammen zu stellen, dann zeigt sich deutlich, dass es unter

der Humboldtschen Haut der Universitäten zu wenig Flexibilität gibt.“

**Wolfgang Polt, Direktor Joanneum Research Forschungsgesellschaft**

### Sollen Universitäten und Fachhochschulen kooperieren?

„Man kann kooperieren – da gibt es seitens der Universitäten keine Berührungsangst –, aber man sollte sich der jeweiligen Andersartigkeit bewusst sein. Derzeit wollen Universitäten durch einen fehlgeleiteten Ehrgeiz aber Fachhochschulen und umgekehrt Fachhochschulen durch falschen Ehrgeiz Universitäten werden.“

**Hans Sünkel, UNIKO**

„Fachhochschulen bekommen für ihre Forschung keine Basisfinanzierung. Das heißt, sie haben diese aus Eigenmitteln zu bestreiten. 2009 wurde aber bereits ein Umsatz von rund 28 bis 30 Millionen Euro erwirtschaftet. Forschungsförderungsprogramme wie COIN waren hilfreich für den Strukturaufbau, auch wenn es weiterhin Risiken gibt, etwa wenn Partner der FHs unterwegs ausfallen.“

**Werner Jungwirth, Präsident der Österreichischen Fachhochschulkonferenz**

Foto: Michael Nagl

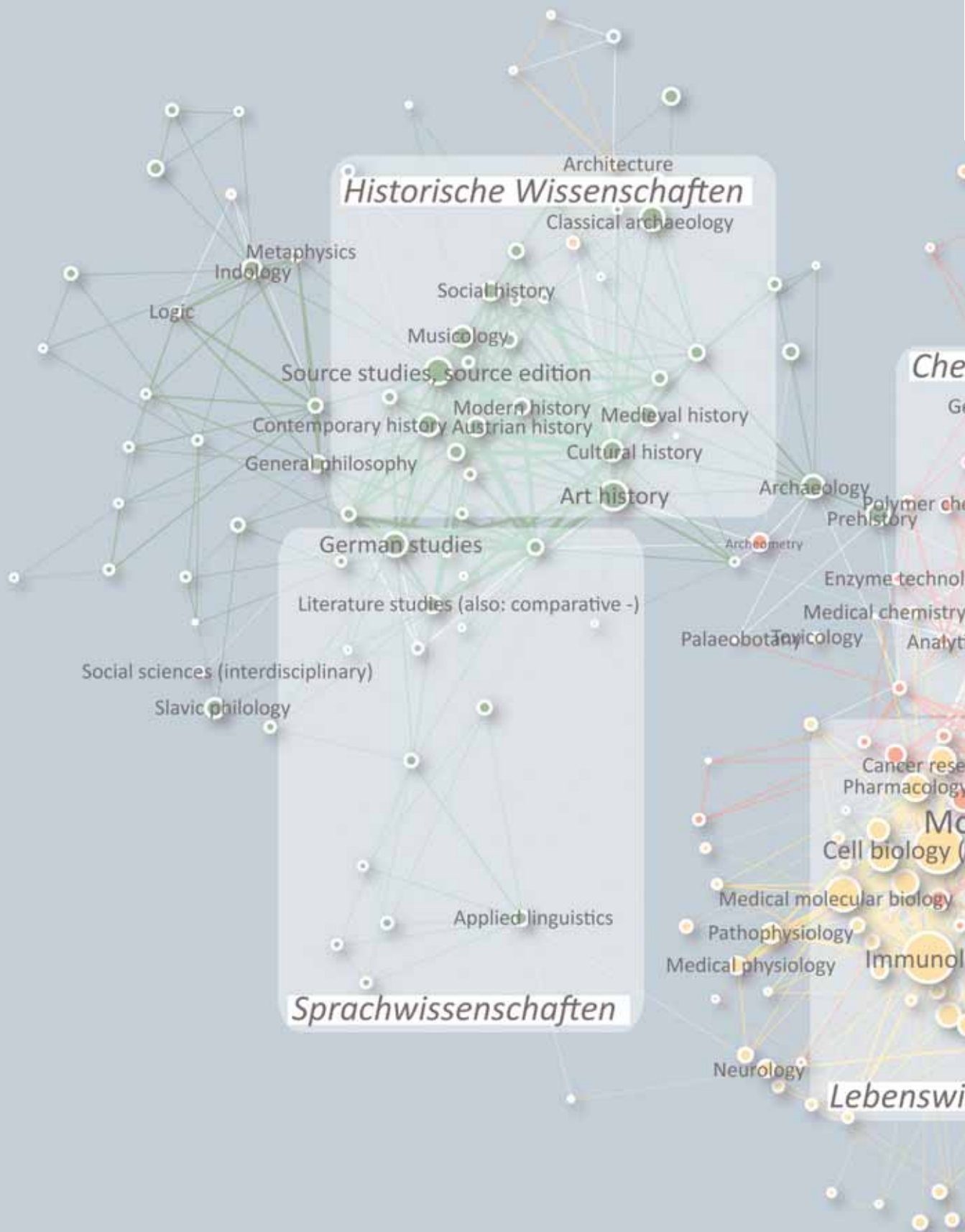


**Walter Berka,  
Stellvertretender  
Vorsitzender des  
Österreichischen  
Wissenschaftsrates.**

### Schlussfolgerungen?

Noch ist es zu früh, um bereits konkrete Schlussfolgerungen aus der Debatte zu ziehen. Zwei Anmerkungen sind aber angebracht: „Außeruniversitär“ war der am häufigsten gebrauchte Begriff bei der ÖWR-Tagung. Das erscheint so, als ob wir Irdischen uns von „Außerirdischen“ abgrenzten, obwohl exzellente Forschung an Universitäten ebenso wie an anderen Forschungsinstitutionen geleistet werden kann. Vielleicht steckt in dieser Abgrenzung gegenüber den „Außeruniversitären“ sogar etwas Anmaßendes, weil man diesen Begriff nur aus der Perspektive der Universität sieht. Die Ländervergleiche haben freilich eines gezeigt: Offensichtlich hängt die Leistungsfähigkeit eines wissenschaftlichen Gesamtsystems nur bedingt mit den

unterschiedlich gearteten Organisationsstrukturen und der genauen Rollenverteilung zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zusammen, die ja in der Schweiz und in England ganz andere sind als in Deutschland oder auch in Österreich. Wahrscheinlich kommt Fragen der mehr oder weniger ausgeprägten Internationalität der Einrichtungen, dem Finanzierungssystem und seiner ausreichenden Dotierung sowie der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses eine größere Bedeutung zu. Nicht zu übersehen war bei alledem freilich die zentrale Rolle, welche die Universitäten als bewährte Organisationszentren der Forschung einnehmen und auch künftig einnehmen werden.



*Historische Wissenschaften*

German studies

*Sprachwissenschaften*

*Lebenswissenschaften*

*Chemie*